

# Deutlich mehr Beratungen

## SPD-Parlamentarier besuchten Kinderschutzzentrum

LANDKREIS • Fälle wie der der kleinen „Emily“ aus Ahlhorn haben den Beratungsbedarf durch das Kinderschutz-Zentrum mit der Vertrauensstelle „Benjamin“ und der Präventionsabteilung stark anwachsen lassen. Dies berichtete die Leiterin des Zentrums, Diplom-Psychologin Catharina Hübner, Sozialdezernent Robert Wittkowski sowie den beiden SPD-Landtagsabgeordneten Renate Geuter und Axel Brammer bei ihrem Besuch am Dienstag. Dazu kommt, dass seit Anfang 2007 Beratungen wöchent-

lich für zwei Stunden auch in der Kreisstadt Wildeshausen in der Villa Knagge angeboten werden. Somit können auch diejenigen das Beratungsangebot besser wahrnehmen, denen eine Fahrt nach Oldenburg nicht möglich oder mit Schwierigkeiten behaftet ist.

Während es im Jahr 2007 457 Beratungen für den gesamten Landkreis gab, lag die Zahl im ersten Halbjahr 2008 schon bei 340 – eine Steigerung um 75 Prozent im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr. „Dem müssen wir Rechnung tragen und den

Zuschuss des Landkreises Oldenburgs aufstocken“, meinte Axel Brammer, zugleich auch Jugendhilfeausschuss-Vorsitzender im Kreistag. Die Stundenzahl der Beratungsmöglichkeiten in Wildeshausen müssen verdoppelt werden, „um dem steigenden Beratungsbedarf im Interesse der Kinder und betroffenen Familien gerecht zu werden“.

Renate Geuter, designierte haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, fürchtet um den Landeszuschuss: „Die Sozialministerin muss über ihren ge-



*Sozialdezernent Robert Wittkowski, Hans-Werner Kuhlmann als Schatzmeister des Trägervereins und Einrichtungsleiterin Catharina Hübner informieren Renate Geuter und Axel Brammer (v.l.) über den höheren Beratungsbedarf im Landkreis.*

samen Haushalt 2,5 Prozent einsparen. Da viele Mittel rechtsverpflichtend gebunden sind, besteht die Gefahr, dass man bei den ‚freiwilligen Leistungen‘ überproportional streicht. Wir werden das im Rahmen der Haushaltsberatungen beobachten

und bezüglich des Kinderschutz-Zentrums genau nachsehen.“ Es müsse gewährleistet bleiben, dass auch im ländlichen Raum ein adäquates und gut erreichbares Beratungsangebot in Sachen Kinderschutz erhalten bleibe.